

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptpostamts zu Baugen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Rettung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22

Ercheinungsweg: Jeden Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für Dezember: Durch die Post oder durch unsere Boten ins Haus zugesandt Mark 300.—, bei Abholung in der Geschäftsstelle Mark 280.—, durch die Stadtboten Mark 370.—. Alle Postanstalten, Postboten, sowie Zeitungsverkäufer und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postfach-Nr.: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgeschäftsstelle Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorkauf oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die gewöhnliche Grundzeile (Zim. No. 14) über deren Raum 30. — Mk., Offertengebühr 10. — Mk. Im Reklameteil (Zim. No. 14) 80. — Mk. die gewöhnliche Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die gewöhnliche Zeile 60. — Mk. — Für bestimmte Tage oder Blätter wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 291.

Freitag, den 15. Dezember 1922.

77. Jahrgang.

Tageschau.

Der Präsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist persönlich beim Reichskanzler Dr. Cuno erschienen, um ihm zu erklären, daß der Reichsverband der deutschen Industrie gewillt ist, im Rahmen der Reparationsvoranschläge positiv mitzuarbeiten.

Die Auffassung in Berliner offiziellen Kreisen geht dahin, daß trotz dem Abbruch der Londoner Konferenz die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen auf Grundlage der deutschen Vorschläge weiter besteht.

Der Gegner Boinecarrés, Millerand, will eine Botschaft an das französische Volk richten, in der er die Genehmigung der bisherigen Politik Frankreichs darzulegen gedenkt und erklärt, daß die weitere Entscheidung über Frankreichs Politik der Nation überlassen werden solle und das würde offenbar die Auflösung des Parlaments und die Ausschreibung von Neuwahlen bedeuten. Die Begeisterung für den Einmarsch in das Ruhrgebiet soll gering sein.

In London rechnet man mit einem amerikanischen Protest für den Fall, daß Frankreich seine militärische Besetzung in Deutschland ausdehnen sollte.

Ein Kabinettsrat in Washington unter Vorsitz von Harding hat sich am Dienstag mit der Lage in Europa befaßt.

Eine Besprechung von Vertretern der Städte und Landkreise mit führenden Reichstagsabgeordneten über die durch die Steuerveränderung hervorgerufene Finanznot fand am Mittwoch im Sitzungssaal des Reichstags statt.

Die Unterbringung der Invalidentrentner wurde vom Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags beträchtlich erhöht.

Im Haushaltsausschuss des Reichstags erklärte der Reichsernährungsminister, daß eine Brotnot im kommenden Winter nicht zu erwarten sei. Ein Drittel der Umlage sei bereits abgeliefert.

Auf der Lausanner Konferenz erklärte Jmied Pascha, die Türkei wolle in der Frage der Winterhelfer keine fremde Einmischung mehr zulassen, auch nicht in der Form des Völkerbundes, der nur eine Vertretung der Großmächte sei.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser ausführliches an anderer Stelle.

Stappe!

Von einer hervorragenden außenpolitischen Seite wird uns geschrieben:

Was sind wir Deutsche doch für grobe Denter und kleine Reiter! Da erhebt sich jetzt in einem Augenblick, in dem uns die Not auf den Rücken brennt, ein gar mühsamer Streit darüber, ob die Regierung eine endgültige oder nur eine provisorische, eine vorläufige, eine Zwischenlösung, hinsichtlich der Reparationsfrage der Entente vorschlagen soll. Und wir sind nahe daran, daß wir uns über dieser „Frage“ wieder einmal nach allen Regeln einer hochentwickelten Agitationskunst die Köpfe zerbrechen!

Es ist natürlich kein Wort weiter darüber zu verlieren, daß die endgültige Lösung des Reparationsproblems mit allen nur tauglichen Mitteln und so schnell als möglich angestrebt und durchgeführt wird. Die Reichsregierung hat durch ihre maßgebenden Organe gerade in diesen Tagen nachdrücklich verkündet, daß diese endgültige Lösung ihr erstes und letztes Ziel bleibt. Die Note vom 14. November, auf welche die Regierung Cuno ihre neue Note stützte, war ja nur eine Stappe zur endgültigen Lösung, ebenso wie die Vorschläge der neuen Regierung, die in London eine Rolle spielten, ihrem Wesen und Zweck nach eine weitere Stappenstation auf dem Wege zum endgültigen Ziele bezeichnen.

Schon beginnen sich im Innern unseres Landes die Lager wieder zu teilen in diejenigen, die glauben, daß nun liegt mit allen Mitteln die endgültige Lösung erstrebt und auch durchgeführt werden könnte, wenn man nur nachdrücklich auf seinem Standpunkt beharrt und dies auch auf alle Befehle hin durchsetzt und diejenigen, die sich mit einer Zwischenlösung der Dinge natürlich nur für eine Stappe zum endgültigen Ziele zufrieden geben wollen. Wir würden einen derartigen Streit nicht nur für höchst überflüssig, sondern auch für sehr gefährlich und schädlich halten. Wir meinen, daß bei durchschlagendem Grund dafür, daß jetzt ge-

gebenfalls auch eine Zwischenlösung, soweit sie vernünftig und tragbar ist, versucht und hingegenommen werden muß, der Hinweis auf die ungeheure Notlage unseres Volkes ist! Die Bevölkerung, die täglich mehr unter Entbehrungen leidet, die in ihren besten und solidesten Schichten einen langsamen, aber sicheren Dahinstehen, einem förmlichen Hungertode entgegengeht, würde es nicht verstehen, wenn nicht jede Gelegenheit wahrgenommen würde, um alle nur irgendwie denkbaren Möglichkeiten auch zu einer Zwischenlösung der Reparations- wie überhaupt der Leistungsfrage zu benutzen. Wir müssen uns darüber Rechenschaft geben, daß die Not in unserem Lande geradezu erschreckende Formen annimmt. Kommt es doch heute täglich vor, daß Beamte und kleine Leute die Kosten für die Bestattung ihrer Angehörigen nicht mehr aufbringen können, daß sie hungern und daß sie betteln gehen müssen, um die Kosten dafür zu beschaffen. Und Tag für Tag sehen wir den Hungertod im Stillen und Verborgenen, hinter geschlossenen Fenstern, hinter denen sich heute so manche Trödelbude vollzieht, vor sich gehen, und dieses Elend ist erschütternder als das, was in trostlos asiatischen Formen auf der russischen Steppe von aller Welt gesehen wurde. Da wäre es unverantwortlich, wenn wir die Lösungsmöglichkeit aus der Hand geben würden, die uns wenigstens eine Ruhepause von einigen Jahren und Erleichterung in unserer wirtschaftlichen Existenz als Volk wie als Einzelner gewähren würde.

Man muß sich freimachen von der in der Öffentlichkeit geradezu feststehend gewordenen Formel, daß es nur auf die Industrie ankomme! Alle Wirtschaftskräfte sollen und müssen es sein. Die ganze deutsche Volkswirtschaft muß in den Dienst der Allgemeinheit gestellt werden. Wenn es sich um die Behebung einer allgemeinen Volksnot handelt, dann hat niemand das Recht, Sonderbedingungen zu stellen oder an seine Mitarbeit die Erfüllung bestimmter Wünsche oder gar Interessenforderungen zu knüpfen. Die Regierung muß, wenn es darauf ankommt, ihrem Namen Ehre machen. Sie muß regieren und führen, und zwar allen Volksschichten gegenüber. Und wenn sich einige Teile des Volkes gegenüber dem wohlverstandenen Interesse der Allgemeinheit widerpenitent verhalten oder gar die Arbeit lähmen und ihren Erfolg gefährden, dann müssen die Mittel der Staatsautorität angewandt werden, um das Gefühl für die Verantwortung zu wecken und an die Pflichten zu gemeinsamer Mitarbeit für das Volkswohl und für den Bestand des Vaterlandes zu erinnern. Eine Zwischenlösung, eine Stappe auf dem Wege zum Ziele der endgültigen Lösung der Reparationsfrage kann und darf nicht abgelehnt werden. Ganz im Gegenteil müssen wir unsere wirtschaftlichen und unsere politischen Kräfte konzentrieren für eine Sicherung dieser Stappe, von der aus wir mit vereinter Kraft das letzte Ziel, das wir nie aus den Augen verlieren dürfen, erreichen. Wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß die Konferenz des 2. Januar und ihr Ergebnis uns gegebenenfalls vor die schwersten nationalen Entscheidungen stellt. Wir müssen uns für alle Möglichkeiten vorbereiten. Unsere Regierung kann und wird nicht unzulässig sein, um ebenso, wie sie sich für die Londoner Konferenz gerüstet zeigte, auch für das Paris vom 2. Januar vorbereitet zu sein. Aber wir müssen mehr tun: Wir müssen im Innern unsere Kräfte sammeln! Wir müssen eine lädenlose Einheitsfront bilden. Wenn die Dinge an den Punkt gelangen sollten, daß wir zu der schwersten Entscheidung, die unsere Regierung treffen kann, kommen müssen, dann wird das nur möglich sein können mit einem einheitsförmigen, in seinen politischen, aber auch in seinen wirtschaftlichen Kräften geschlossenem Volke! Tun wir alles und unterlassen wir jedes, was geeignet wäre, diese Einheitsfront zu gefährden.

Zu den obigen Ausführungen, denen wir in ihren Grundgedanken zustimmen, bemerken wir, daß gegen die innere Goldleihe namentlich von dem Flügel der deutschen Industrie, die unter Führung von Sinnes steht, die schwersten Bedenken erhoben werden. Es wird nachgeredet, daß der tatsächliche Vermögensbestand der deutschen Industrie eine solche Belastung gar nicht aufbringen könne. Der gegenwärtige Goldwert des in deutschem Besitz befindlichen deutschen Aktienkapitals betrage nicht mehr 2 Milliarden Goldmark. Unter Zugrundelegung des Ertrages der Kapitalerträge und der Körperschaftsteuer aber ergäben sich noch geringere Beträge. Es sei völlig rätselhaft, wie man aus einer derartig ausgeblühten oder überfremdeten Volkswirtschaft noch Erträge eines inneren Anleihe von 3 Milliarden Goldmark, d. h. nach dem heutigen Stande unseres Geldes 8000 Milliarden Papiermark, erwarten könne. Wie wir jedoch zuverlässig erfahren, hat der führende Kopf einer deutschen Großbank möglicherweise Einfluss auf die Bestattung des

jüngsten Angebots nach London geholt, der den vorgeesehenen Ertrag der inneren Anleihe für durchaus möglich hält. Andere Bankdirektoren sind jedoch wieder anderer Meinung. Unsere Gegner haben diesen Meinungsstreit aber insofern überflüssig gemacht, als sie selbst dieses weitgehende Angebot für unbefriedigend ablehnten. Es bleibt abzuwarten, ob sich nunmehr die Berranntheit unserer Gegner als stärker erweisen wird als die innerpolitischen Abhängigkeiten der deutschen Reichsregierung und auf diese Weise doch eine Situation geschaffen werden wird, die nicht nur uns, sondern vor allem unsere Gegner zwingt, das Reparationsproblem der Entlastung zuzuführen. Kommt diese Stunde, dann muß unsere Reichsregierung in Festigkeit und Entschlossenheit dem Gegner gegenüber stehen und muß sich dann aber auch auf eine geschlossene Einheitsfront im deutschen Volke stützen können.

Unsere Vermutung, die wir bereits gestern zum Ausdruck brachten, daß Sinnes nicht berechtigt sei, im Sinne der gesamten deutschen Industrie zu sprechen, wird durch heute vorliegende Meldungen bestätigt.

Wie einer Hoff-Meldung zufolge aus industriellen Kreisen berichtet wird, steht der Reichsverband der deutschen Industrie der Notiz der „Deutschen Ill. Ill.“, dem bekanntesten Sinnesorgan, über die Haltung der Industrie in der Reparationsfrage vollkommen fern. Auch ist von führenden Persönlichkeiten des Verbandes die Notiz nicht veranlaßt worden. Der Verband als solcher hat zu den Vorkäufen in London überhaupt keine Stellung genommen. Der Verband würde keine Veröffentlichung vorgenommen oder beeinflusst haben, die geeignet sein könnte, der Regierung in außenpolitischen Verhandlungen Schwierigkeiten zu bereiten. Es sei damit zu rechnen, daß die deutsche Industrie von sich aus bestimmte Vorschläge zum Reparationsproblem machen werde.

Bonar Law an den Reichskanzler.

Berlin, 14. Dezember. (Draht.) Der Reichskanzler hat auf sein Schreiben an Bonar Law vom englischen Premierminister folgende Antwort erhalten: Downingstreet, 10. Dezember 1922. Sir, Eggen! Ich habe die Ehre, den Empfang Ihres Schreibens vom 9. d. M. zu bestätigen, das einen Plan für eine vorläufige Beilegung der mit der Reparationsfrage verbundenen Schwierigkeiten vorlegte. Das Schreiben wurde auf einer heute hier abgehaltenen Sitzung der alliierten Premierminister in Betracht gezogen. Mit aufrichtigem Bedauern muß ich sagen, daß der vorgelegte Plan nach ihrer Auffassung nicht die Lösung darstellt, die bei der gegenwärtigen Lage als befriedigend für die alliierten Regierungen angesehen werden könnte. Ich habe die Ehre usw. Bonar Law.

Wird Amerika endlich aktiv?

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat den europäischen Angelegenheiten bisher immer sehr kühl, oft unfreundlich abhold gegenübergestanden, obgleich sie sich durch die Laten und Versprechungen Willens hätte gebunden fühlen müssen. Aber man wolle in Washington nicht viel von Europa wissen. Wiederholt blieb es auch, aus dem belehnten Rheinland solle bald der letzte amerikanische Soldat abziehen, was aber bisher nicht geschehen ist. In den letzten Wochen zeigte sich etwas stärkeres Interesse der Amerikaner für Europa. Griff in Lausanne der Vertreter der Union, Child, in kritischer Stunde recht entschieden ein, so hörten wir letzten den Londoner Wochenschrift Harrow auf der Premierminister-Konferenz in recht markanter Weise präsidieren. Und jetzt, nach der dem Scheitern recht ähnlichen Unterbrechung der Konferenz jetzt sich in Washington selbst größere Rührigkeit.

Das Hamb. Fremdenbl. meldet: Der Exchange Tel. erfährt aus Washington, das Kabinet Harding habe gestern lange über die Lage in Europa beraten. Bei Schluß der Sitzung sei offiziell im Weißen Haus erklärt worden, die amerikanische Regierung werde eifrig nach Möglichkeiten, den ersten Zustand der Welt zu bessern. Präsident Harding hoffe, daß ein „neuer Welt zur Rettung des Friedens“ gleich in Angriff genommen werde.

London, 13. Dezember. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph erfährt, daß sich, falls Frankreich die Besetzung des Ruhrgebietes ausführen und Großbritannien sie ohne Protest zulassen sollte, die Stimme Amerikas in energischer Form gegen diese Sanction erheben werde. Die Idee zu schädlich für den Weltmarkt angesehen wird. Der Berichterstatter erfährt auch, daß in sehr maßgebenden amerikanischen Kreisen, die eine genaue Kenntnis der deutschen Wirtschaft und ihrer sozialen Bedingungen besitzen, die von dem alliierten Staatsmännern normierte

über seit
nur zu er
taufstria
Reichsge
er ist nur
süße dafür
ragt, aber
n gut be
ohne nen
18 300
10—18 700
000, Rog
Belustigen
torloerben
denkmal
84 000 bis
nen (neid)

hohe Daud
let, er ver
und heb
Wintman
benmücht

ch müß, et
und Strich
etwas mit

Wau.
berer,

ne
Rain

en zu
en.

l. H.
er 230.

wirte
lmq.
s 2 Uhr
lung

Verkauf
aft
rin

nt gesucht
D. E.
en.

und der
berlassen,
unsere
Behandlung
von
werden
sitz be
Verbande

histen

nutzen

Be
sere

12.

1922.
loch

nach
statt.